

## OFFENER BRIEF

Universität Leipzig  
Kompetenzzentrum für  
kommunale Infrastruktur Sachsen  
Herrn Dr. Oliver Rottmann  
PF 171512  
04081 Leipzig

Leipzig, 24.06.2018

Stadträte  
Steffen Wehmann & Sören Pellmann  
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig  
Geschäftsstelle Neues Rathaus Zi. 186  
Martin-Luther-Ring 4-6  
04109 Leipzig

Betreff: „Gegendarstellung des Gutachters zur Argumentation der Partei Die Linke im Leipziger Stadtrat im Rahmen der KiTa-Anmietung der Stadt Leipzig“ vom 21.06.2018 (?)

Sehr geehrter Herr Dr. Rottmann,

zunächst nochmals vielen Dank für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit, insbesondere mit ihrem Kollegen Herrn Niklas Günther, hinsichtlich der Studie zur „Langfristigen Anmietung und kommunaler Eigenbau von KiTas in Leipzig im Vergleich“.

Dies gilt ausdrücklich auch im Zusammenhang und in Vorbereitung der von Ihnen erwähnten „Pressekonferenz“ am 18.06.2018, wo die diesbezügliche von KOMKIS erstellte Präsentation bis in die späten Abendstunden des 17.06.2018 besprochen wurde.

Die schon erwähnte Studie und Präsentation haben wir dann zu Beginn der „Pressekonferenz“ den anwesenden JournalistInnen übergeben. Die v.g. Präsentation von KOMKIS haben wir Seite für Seite den Anwesenden dazu per Bildschirm vorgetragen.

Mit Erstaunen haben wir daher ihre „Gegendarstellung“ aufgenommen, die den Auftraggebern im Absatz 1 eine „verkürzte und in Teilen unzutreffende Sicht auf die Studie“ vorwirft und in der Folge angeblich zu einer „eindimensionalen Wahrnehmung der Studie“ geführt habe.

Diese eigentümliche Sichtweise entbehrt nach unserer Wahrnehmung nicht einer gewissen Pikanterie, da der Auftragnehmer an der entsprechenden Sitzung nicht teilnehmen und Sie sich daher gar kein eigenes „Bild“ von dem Pressegespräch machen konnten.

So stellte Herr Wehmann in der besagten Sitzung u.a. erneut ausdrücklich – wie in den letzten Monaten und Jahren und so in der v.g. Sitzung mehrfach (!) fest, dass auch in Zukunft die Stadt Leipzig u.a. wegen fehlender und in Teilen der Stadt derzeit nicht verfügbaren Grundstücke auf Freie Träger sowie Investoren bezüglich der sogenannten KiTabauinvestitionen weiterhin angewiesen ist. Dieser Hinweis ist von mehreren Medien explizit aufgenommen und reflektiert worden.

Dementsprechend gehen auch Ihre implizierten Unterstellungen im zweiten Absatz fehl, die den Auftraggebern indirekt unterstellen, „auf einzelne Beschaffungsvarianten – speziell auf das Mietmodell – (...) verzichten“ zu wollen; ebenso unwahr ist auch, wir würden nicht „objektabhängig“ aber dafür unter „dogmatischer, parteipolitischen Entscheidungen“ agieren.

Angesichts dieser unbestreitbaren Fakten ist für uns unverständlich, dass Sie als Mann der Wissenschaft, ohne Prüfung der vorliegenden Datenbasis, die v.g. derartigen unzutreffenden Behauptungen aufstellen.

Problematisch aus unserer Sicht ist in der Konsequenz auch der Absatz 3 Ihrer „Gegendarstellung“, in der Sie sich von den Ergebnissen und dem Fazit der Studie ein ganzes Stück entfernen. Wir verweisen hier nur auf wenige Ausschnitte, u.a. auf Seite 8 der Studie, die favorisierte Reihenfolge der Anwendung der Varianten (1a: Kommunaler Eigenbau, 2b) Mietmodell) bzw. dem (S.6 der Studie) im Modell „errechneten Vorteil in Höhe von 177,15 Mio EUR, was dem 1,1 fachen der Gesamtinvestitionssumme entspricht“ (siehe auch S. 11 und 9 der Präsentation).

Ihre Schlussfolgerung, dass sich „unter den getroffenen Annahmen ein Mietmodell lohnt, wenn die Laufzeit unterhalb von 20 Jahren liegt“, ist vorsichtig formuliert - nicht ganz richtig.

So verzichten Sie bei Ihrer ausschließlichen Betrachtung des Finanzhaushaltes – anders als die Studie – u.a. auf die Einbeziehung der Ergebnisse bezüglich des Ergebnishaushaltes (S.4 inkl. Abbildung 1 der Studie und S. 6 der Präsentation) und des „buchhalterischen Nettovermögens“ (S.5 der Studie und S.9 der Präsentation). Hier ergeben sich hinsichtlich der Vorteilhaftigkeit des kommunalen Eigenbaus noch erheblich deutlichere Ergebnisse.

In diesem Zusammenhang trägt die Studie aus unsere Sicht nicht unerheblich dazu bei, die Vermutung zu stärken, dass unter den Prämissen des beschriebenen Mietmodells der Studie (nicht kündbare, fest indexierte Mietverträge über 25 Jahre) u.a. die Anmietung von Schulen keinen Sinn machen. Voraussetzung ist selbstverständlich immer eine seriöse Betrachtung der Einzelmaßnahme.

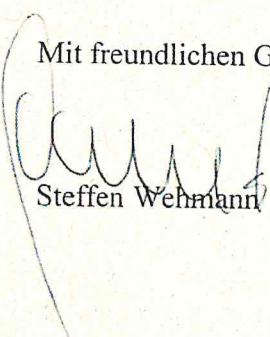
Und nicht zu vergessen, die Studie (siehe S.3 unten) beschreibt ein „Konservatives Szenario (gegenüber dem Mietmodell)“. Ein Beispiel: Es wurden für die Finanzierung der dort genannten Gesamtinvestitionen von ca. 159 Mill. EUR abzüglich der Fördermittel von ca. 12 Mill. EUR ausschließlich Darlehen (keine Eigenmittel, S. 2 der Studie) mit insgesamt ca. 147 Mill. EUR einbezogen, dass nach 2 tilgungsfreien Anfangsjahren innerhalb von 10 Jahren getilgt werden. Die Vorteilhaftigkeit hinsichtlich der Variante des Kommunalen Eigenbaus würde sich gerade im Finanzhaushalt mit der realistischen Annahme des Einsatzes von „Eigenmitteln“ der Stadt größer „0“ und in der Folge geringere Tilgungs- und Zinsbelastungen für die Darlehen dahin weiter verschieben.

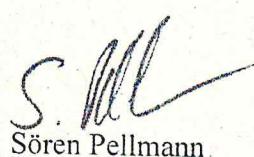
Last but not least bedauern wir außerordentlich Ihre nicht nachvollziehbare Feststellung im vierten Absatz, es handelt sich „ferner nicht wie behauptet, um ein Gutachten im Auftrag der LINKSPARTEI“. Sowohl in der Studie (S. 2) als auch in der Präsentation (S. 2) wird zweifelsfrei fixiert, dass die Unterzeichnenden die Auftraggeber der Untersuchung sind.

Sehr geehrter Herr Dr. Rottmann,

aus den genannten Gründen möchten wir Sie ganz herzlich bitten, Ihre unrichtigen Behauptungen aus der „Gegendarstellung“ vom 21.06.2018 (entsprechend S.1, Abs. 4 und S. 2 Abs. 1 unseres Schreibens) schnellst möglich öffentlich zu korrigieren. Dafür danken wir Ihnen vorab herzlich. Zugleich würden wir uns sehr freuen, unsere unterschiedlichen Sichten auf die Ergebnisse der Studie in einer öffentlichen Veranstaltung gemeinsam mit Ihnen diskutieren zu können.

Mit freundlichen Grüßen

  
Steffen Wehmann

  
Sören Pellmann